

Die Europäische Forschungspolitik – eine gesamt-bayerische Herausforderung



PROF. DR. DR. H.C. HARUN PARLAR

Um in den komplexen Weltmärkten bestehen zu können, müssen wir an der Spitze des Fortschritts stehen und innovative und absatzpolitisch optimal orientierte Produkte anbieten. Nur so können wir unseren Wohlstand langfristig sichern. Aus diesem Grunde ist es von immenser Bedeutung, dass Wirtschaft und Wissenschaft im Bereich Forschung eng zusammenarbeiten.

Mit seinen elf Universitäten und 19 Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie knapp 30 außeruniversitären Einrichtungen ist Bayern als Forschungsstandort sehr gut aufgestellt und setzt im europäischen Vergleich Maßstäbe. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) liegen in Bayern bei etwa 2,7% des Bruttoinlandproduktes; damit gehört der Freistaat zu den drei Bundesländern mit dem höchsten FuE-Anteil.

Ein wesentliches Anliegen der bayerischen Staatsregierung ist es deshalb, diese Forschungsorientierung mit verschiedenen Faktoren positiv zu beeinflussen. Hierbei wird sowohl die Grundlagenforschung, als auch die angewandte Forschung gefördert. Ziel ist es, ein optimales Netzwerk zwischen Wissenschaft und Wirtschaft aufzubauen.

DIE BAYERISCHE FORSCHUNGSLANDSCHAFT IM VERGLEICH

Nimmt man die Drittmiteleinahmen der bayerischen Hochschulen unter die Lupe, so stellt man fest, dass DFG-, Bund- und Industrieförderungen über 80% darstellen. EU-Projekte sind in dieser Bilanz Mangelware, obwohl das Budget des 7. Forschungsrahmenprogramms mit 50,5 Mrd. Euro um das Dreifache seit dem letzten Rahmenprogramm erhöht wurde. Im

Schnitt schneiden insbesondere die bayerischen Universitäten schlecht ab. Die Drittmiteleinahmen aus den Töpfen der Europäischen Union betragen im Jahr 2006 34 Mio. Euro. Diese Quote ist im Jahre 2007 sogar um 5% gesunken. Die Tendenz ist weiterhin rückläufig.

Im Jahre 2008 wurden im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms 83 Projekte für die Bundesrepublik Deutschland genehmigt; davon 31 für Bayern. Lediglich in vier Projekten liegt die Koordinierung auch bei den bayerischen Hochschulen; die übrigen Projekte werden von außeruniversitären Einrichtungen, wie der Max-Planck-Gesellschaft oder der Helmholtz-Gemeinschaft, koordiniert. In dem gleichen Zeitraum haben griechische Universitäten 22 Projekte eingeworben, die sie selber auch koordinieren; selbst die Türkei, als nicht-EU-Mitgliedstaat, konnte 12 Projekte mit Koordinierungsfunktion akquirieren.

Auch unter den kleinen und mittelständischen Unternehmen, die bei der EU-Kommission als Antrieb der Forschungspolitik gelten, gibt es von bayerischer Seite her, im Jahr 2008, keinen einzigen Koordinator für ein EU-finanziertes Projekt. Fakt ist, dass es in Bayern kaum Projekte gibt, die von Bayerischen Universitäten oder Hochschulen für angewandte Wissenschaften koordiniert werden.

Warum?

Wissenschaftler gehen den leichten Weg: Sie formulieren Forschungsanträge oftmals alleine oder nur mit einem Partner; die Anträge werden direkt bei regionalen oder nationalen Fördermittelgebern oder anderen themenspezifischen Stiftungen eingereicht. Da an diesen Stellen ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stehen und die Anforderungen sowie Kontakte bekannt sind, ist die Wahrscheinlichkeit, eine Förderung zu erhalten, sehr groß. Dabei werden EU-Projekte vernachlässigt. Zudem genießt die wissenschaftliche Qualität von EU-Projekten an den Hochschulen keinen guten Ruf. Die Hochschulen verfügen oftmals nicht über die notwendige Infrastruktur, EU-Projekte zu entwickeln und zu formulieren. Ganz besonders betroffen davon sind die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die über keinen Mittelbau verfügen.

Es herrschen ferner Defizite in der Management-Struktur: Selbst wenn ein EU-Forschungsprojekt erfolgreich eingereicht und genehmigt wird, kann die zeitaufwändige Projektentwicklung und -abwicklung von Seiten der Hochschulen nicht adäquat begleitet werden, da Ressourcen fehlen.

Die Industrie ist bestrebt, Forschungsprojekte mit Hochschulen zu meistern. Die Antragstellung scheidet aber meist bereits in den Anfängen, da Unkenntnis herrscht über die Regelung des geistigen Eigentums in europäischen Konsortien.

BAYERNS STÄRKEN NUTZEN – CHANCEN ERGREIFEN

Aus der Notwendigkeit heraus, die Forschungsressourcen in Bayern zu bündeln, wurde die Bayerische Forschungsallianz GmbH auf Initiative der Universität Bayern e. V. im Jahre 2006 und mit finanzieller Unterstützung der Ministerien für Wissenschaft, Forschung und Kunst und für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie sowie der Bayerischen Staatskanzlei gegründet. Auch die Hochschule Bayern e.V. ist an der BayFOR als zweiter Gesellschafter beteiligt, deren Aufgaben unter anderem darin liegen, die gemeinsamen Aktivitäten der Bayerischen Forschungsverbände zu koordinieren, Internationale Partnerschaften zwischen Bayern-Québec und Bayern-Alberta zu pflegen und auszubauen. Das Hauptziel der BayFOR liegt allerdings in der intensiven Unterstützung von Wissenschaftlern aus bayerischen Hochschulen und FuE-orientierter KMU bei der Teilnahme an EU-geförderten Projekten, insbesondere im 7. Forschungsrahmenprogramm. Hierdurch sollen die Erfolgsaussichten bayerischer Akteure bei der Einwerbung von EU-Fördermitteln verbessert und entsprechende Aktivitäten im Hinblick auf den sich entwickelnden Forschungsraum Europa bayernweit koordiniert werden.

PERSPEKTIVEN

Der europäische Forschungsraum ist für internationale Kooperationen unverzichtbar geworden. Und in Krisenzeiten ist es wichtig zu wissen, wie man sich Zugang zu alternativen Fördermittelquellen verschafft. Die Europäische Union bietet Fördergelder in großem Umfang an, welche verstärkt für Bayern gewonnen werden müssen. Hierfür müssen die Forschungsinteressen Bayerns gebündelt und diese proaktiv in die Themengestaltung der Forschungsrahmenprogramme eingebracht werden.

PROF. DR. DR. H.C. HARUN PARLAR
Geschäftsführer der Bayerischen Forschungsallianz GmbH sowie Ordinarius des Lehrstuhls für Chemisch-Technische Analyse und Chemische Lebensmitteltechnologie der TU München